

3.5NEU4 Bunt statt Grauland: Konsequenz gegen rechts

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 25.10.2018

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

518 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
519 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
520 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten sowie
521 für unser friedliches Zusammenleben dar. Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
522 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und Biphobie sowie jeglicher Form von
523 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen
524 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit
525 Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie
526 unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht
527 durchgesetzt.

528 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
529 gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen
530 und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz
531 insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger AfD und die „Pegida“-Partner
532 von „Zukunft Heimat“ immer noch nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei erfüllt deren
533 Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver Nationalismus, der Wunsch
534 nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der
535 demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle Parteien außer der AfD,
536 gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. Der Verein „Zukunft Heimat“ und Teile der AfD
537 müssen folglich dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

538

539

540 Verfassungsschutz auf den Prüfstand

541 Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so
542 lange es ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss im
543 Brandenburger Landtag hat allerdings erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich
544 gemacht. Wir wollen eine grundlegende Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der
545 Meinung sind, dass eine wissenschaftliche Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann
546 als ein Nachrichtendienst. Sofern der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber
547 eine parlamentarische Kontrolle sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die
548 Kontrolle darf nicht überwiegend auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der
549 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre
550 Mitarbeiter*innen müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen.
551 Abgesehen davon lehnen wir das V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht sein, dass die
552 zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die verfassungsfeindlichen
553 Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für Initiativen,
554 Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich
555 und dauerhaft aufstocken.